

Antrag 50/I/2026

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Jugendschutz Werbeverbot konsequent durchsetzen

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
2 werden aufgefordert, ein rechtliches Konzept zu entwi-
3 ckeln, um im Sinne des Jugendschutzes ein Werbe- und
4 Ausstellungsverbot für Tabakerzeugnisse, neuartige Ta-
5 bakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse nach Tabak-
6 erzeugnisgesetz in einem angemessenen Umkreis um
7 Schulen, Horts und Kitas zu erlassen, um sicherzustel-
8 len, dass Verkaufsflächen innerhalb von Geschäften nicht
9 missbraucht werden können, um bereits bestehende Wer-
10 beverbote zu umgehen.

11

Begründung

12 Insbesondere die Tabakindustrie hat Heranwachsende, Ju-
13 gendliche und junge Erwachsene zunehmend als Ziel-
14 gruppe für ihre Produkte ausgemacht und entwickelt bzw.
15 vertreibt sie entsprechend zielgruppengerecht (Stichwort
16 “ Elf Bar Watermelon” etc.). Kioske und Verkaufsläden in
17 Berlin nutzen dieselbe Strategie zunehmend, um Schüle-
18 rinnen und Schüler direkt bei ihren Schulen frühzeitig mit
19 ihren Produkten in Kontakt zu bringen. Politisch muss hier
20 ein Riegel vorgeschoben werden durch strengere Regulie-
21 rung im Sinne des Jugendschutzes. Berlin soll dazu voran-
22 gehen und einen Vorschlag entwickeln, sodass Verkaufs-
23 flächen innerhalb von Geschäften nicht missbraucht wer-
24 den, das Werbeverbot zu umgehen.
25